

II-1445 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

15.5.1968

727/J

A n f r a g e

der Abgeordneten R o b a k , M ü l l e r , B a b a n i t z und Genossen  
an den Bundesminister für Landesverteidigung,  
betreffend Auflassung der Expositur des Ergänzungskommandos für das Burgen-  
land in Oberwart.

-.--.-.

Die unterzeichneten Abgeordneten haben von unterrichteter Seite Infor-  
mationen erhalten, daß beabsichtigt ist, die Expositur des Ergänzungs-  
kommandos für das Burgenland in Oberwart mit 30.6.1968 aufzulassen.

Auf diesbezügliche Berichte in einer Bezirkszeitung beschäftigen sich  
Bürgermeister der drei südlichen Bezirke mit der beabsichtigten Auflassung  
und haben darauf hingewiesen, daß das Bundesministerium für Landesverteidi-  
gung in Oberwart ein Amtsgebäude angekauft hat und daß bei der Auflassung  
der Expositur der Ankauf sinnlos wäre. Auch Personalkosten werden keine  
eingespart, da die dort diensthabenden Beamten anderwärts zugeteilt werden  
und dann sogar Trennungskosten bezahlt werden müssen. Im wesentlichen geht  
es aber um jene Personen, die mit der Expositur zu tun haben. Die Anreise  
nach Eisenstadt wäre mit öffentlichen Verkehrsmitteln für alle Betroffenen  
aus den Bezirken Jennersdorf, Güssing und Oberwart sehr umständlich und  
möchte mindestens 2 Tage beanspruchen. Das bedeutet auch hohe Fahrt- und  
sonstige Auslagen. Nicht außer acht gelassen werden darf auch der Verdienst-  
entgang, alles Kosten, die nicht ersetzt werden. Eine Auflassung der Ex-  
positur wäre nur dann sinnvoll und vertretbar, wenn wirtschaftliche, finan-  
zielle, verwaltungsmäßige und personelle Einsparungen erzielt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundes-  
minister für Landesverteidigung die nachstehenden

A n f r a g e n :

1) Ist beabsichtigt, die Expositur des Ergänzungskommandos für das  
Burgenland in Oberwart aufzulassen?

2) Können Sie die angeführten Argumente der Bürgermeister wider-  
legen?

3) Sind Sie bereit, vor allen Maßnahmen, die eine Änderung des  
jetzigen Zustandes bedeuten, den burgenländischen Landeshauptmann und die  
Landesregierung zur Stellungnahme einzuladen?

-.--.-.-.